

Erfolgsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plakate
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sprechstunde Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Einigung über die Finanzfragen im Reichsrat

Ausgleich für die gekürzten Länderüberweisungen — Kürzung der Beamtenegehälter ab 1. Februar

U. Berlin, 18. Nov. Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers verabschiedeten die vereinigten Ausschüsse des Reichsrates in der Montagmorgensitzung in zweiter Lesung das Haushaltsgesetz und den Reichshaushaltsplan 1931. Nach schwierigen Verhandlungen erklärte sich die Reichsregierung damit einverstanden, den Ländern für die Kürzung der Überweisungen um 100 Mill. RM., die im Hinblick auf die Einschränkung des Personalaufwandes in der öffentlichen Verwaltung der Länder und Gemeinden vorgesehen ist, einen Ausgleich zu gewähren. Für einen Betrag von 50 Mill. RM. werden ihnen im Reichsbesitz befindliche Reichsbahnvorzugsaktien übereignet. Die Tragung der restlichen 50 Mill. RM. soll ihnen dadurch ermöglicht werden, daß die für drei Jahre vorgesehene 6proz. Gehaltskürzung der Beamten schon am 1. Februar 1931 beginnt und entsprechend mit dem 1. Januar 1934 außer Kraft treten soll. Ab 1. Februar 1931 wird die Gehaltskürzung für Beamte auf die Gehaltskürzung angeordnet.

Zuvor hatten die vereinigten Ausschüsse des Reichsrates die Tabaksteuernovelle in zweiter Lesung ohne materielle Änderungen angenommen. Die Hauptstreitpunkte, die hauptsächlich in der Begünstigung der Zigarette gegenüber der Zigarre bestehen, sind dabei ungeklärt geblieben. Die Tabaksteuernovelle wird daher in den Ausschüssen noch eine dritte Lesung erfahren. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde das Gesetz über die Realsteuererleichterung in zweiter Lesung angenommen. Die Senkungsvorschläge der Regierung wurden grundsätzlich ausser Acht gelassen, jedoch wurde das Gesetz im Einvernehmen mit der Regierung mit Rücksicht auf die Verschleidenartigkeit der Verhältnisse in den einzelnen Ländern etwas beweglicher gestaltet. Erledigt wurden darauf die drei Gesetze über die Wohnungswirtschaft ebenfalls in zweiter Lesung. Dann begann die Haushaltsberatung, deren größter Teil in kurzer Zeit erledigt wurde, da hier Meinungsverschiedenheiten nicht vorlagen. Die strittigen Fragen, zu denen in erster Linie der Haushalt des Reichswehrministeriums und die Kürzung der Länderüberweisungen um 100 Mill. RM. gehören, wurden in Gegenwart des Reichskanzlers und des Reichswehrministers behandelt. Die von Preußen zum Wehrhaushalt gestellten Änderungs- und Kürzungsanträge sind gegen die preussischen Stimmen abgelehnt worden.

Keine Anleiheverhandlungen des Reiches.

Entgegen einer Berliner Blättermeldung wird von zuständiger Stelle erklärt, daß im Reichsfinanzministerium von Verhandlungen zur Annahme eines weiteren Kredits in Höhe von 450 Millionen RM. nicht das geringste bekannt sei. Das Reichsfinanzministerium habe auch nicht die Absicht, einen Kredit aufzunehmen.

Die Preislenkungsaktion der Reichsregierung.

U. Berlin, 18. Nov. Der Preislenkungsausschuss der Reichsregierung hielt am Montag eine Sitzung ab, an der auch der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. M u h l e r t, teilnahm. Besondere Beschlüsse wurden nicht gefasst, jedoch wurde der gesamte Fragenkomplex durchgesprochen, der mit der Preislenkungsaktion zusammenhängt. Bekanntlich wollen sich die deutschen Städte der Aktion anschließen, die von der Regierung in Berlin durchgeführt wird.

Der Reichskanzler hatte eine Aussprache mit dem Reichsfinanzminister und dem preussischen Innenminister, bei der die Hauszinssteuer behandelt worden sein dürfte.

Preislenkung für Seefische.

Bei einer gestern im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft abgehaltenen Besprechung über die Preisbildung für Fische wurden für Berlin die durchschnittlichen Kleinverkaufspreise für Seefische bis zu 38 Proz. gesenkt. Der Reichsverband Deutscher Fischhändler e. V. wird für eine entsprechende Minderung der Preise im ganzen Reich Sorge tragen.

Preislenkung und Reichsbahntarife.

Zu der von der Öffentlichkeit geforderten Ermäßigung der Reichsbahngütertarife wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß sich die Reichsregierung mit dieser Frage befaßt. Der Reichsverkehrsminister habe die bereits von der Reichsbahn wiederholt geforderte Erhöhung der Wagenladungs-tarife verhindert. Die schon damals schwierige Lage der Reichsbahn habe sich seitdem weiter verschärft. Die Reichsbahn leide nicht nur unter der allgemeinen Krise, sie sei vor allem in ihrer tarifarischen und finanziellen Bewegungsfreiheit empfindlich beschränkt durch die Dauerlast, die ihr in Gestalt der Reparationsleistungen, der Beförderungssteuer und der aus der Demobilisationszeit stammenden gewaltigen Pensionslast auferlegt sei. Die sich hieraus ergebende Gesamtbelastung betrage 26 v. H. der Bruttoeinnahmen des laufenden Geschäftsjahres. Das gebe erheblich über die Summen hinaus, die die deutschen Eisenbahnen in der Vorkriegszeit je herausgewirtschaftet hätten. Wenn die Reichsbahn nicht in der Lage sei, ihre Reparationsverpflichtungen und die Dividende für die Vorzugsaktien zu zahlen, so haste das Reich. Die Öffentlichkeit könne jedoch überzeugt sein, daß kein Weg unversucht bleiben werde, um ein für die Allgemeinheit und auch für die Reichsbahn annehmbares Ergebnis zustande zu bringen.

Neuer deutscher Abrüstungsantrag in Genf

Verbot und Vernichtung der schweren Angriffswaffen gefordert — Eröffnung der europäischen Wirtschaftskonferenz

U. Genf, 18. Nov. Die deutsche Abordnung hat am Montag im Abrüstungsausschuss einen außerordentlich bedeutungsvollen Antrag eingebracht, der bei dem Kapitel des Verbotes des chemischen Krieges das Verbot der schweren entscheidenden Angriffswaffen vorsieht. Der deutsche Antrag, der auf den Deutschland auferlegten Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages aufgebaut ist, sieht folgende Verbote vor:

1. Außerhalb von Festungen und besetzten Plätzen Geschütze über 7,7 Zentimeter Kaliber und Mörser über 10,5 Zentimeter;
2. innerhalb von Festungen und besetzten Plätzen Geschütze über 15 Zentimeter und Mörser über 21 Zentimeter;
3. Mörser und Minenwerfer über 15 Zentimeter Kaliber;
4. jegliche Arten von Tanks.

Ferner sollen sich die Mächte verpflichten, das gesamte Kriegsmaterial sowie die einzelnen Teile der genannten Waffen zu vernichten und dem Generalsekretär des Völkerbundes eine bestimmte Frist nach dem Inkrafttreten des Abkommens, die Zahl der vernichteten Geschütze und übrigen angegebenen Waffen mitzuteilen. Ferner soll nach dem deutschen Antrag die Herstellung und die Einfuhr des für diese Kriegswaffen in Frage kommenden Kriegsmaterials verboten werden.

Zweite europäische Wirtschaftskonferenz in Genf.

U. Genf, 18. Nov. Die zweite europäische Wirtschaftskonferenz ist am Montag unter dem Vorsitz des früheren

holländischen Handelsministers Colijn eröffnet worden. An der Konferenz nehmen 26 europäische Staaten teil. Das Arbeitsprogramm umfaßt: Aussprache über das weitere Schicksal des Zollwaffenstillstandsabkommens, ferner Verhandlungen zur Verbesserung des Handelsverkehrs. Präsident Colijn wies in seiner Eröffnungsansprache unter anderem darauf hin, daß Maßnahmen für eine allgemeine Senkung der Zolltarife und eine rationelle Verteilung der Welt-erzeugnisse gefunden werden müßten.

Die Konferenz hat gestern grundsätzlich beschlossen, die am 1. November abgelaufene Ratifizierungsfrist für das Handelsabkommen (Zollwaffenstillstand) bis anfangs Januar zu verlängern. Die österreichische Regierung will die Ratifizierung des Abkommens von der Haltung ihrer Nachbarstaaten abhängig machen, die bisher — ausgenommen Italien und die Schweiz — das Abkommen noch nicht einmal unterzeichnet haben. Die Konferenz ging sodann zu dem Programm der weiteren Wirtschaftsverständigungsverhandlungen über.

Brüning antwortet Lardieu

U. Berlin, 18. Nov. Nach dem „Berliner Tageblatt“ verläutet in parlamentarischen Kreisen, daß der Reichskanzler Dr. Brüning bei nächster Gelegenheit eine Antwort auf die letzte Kammerrede des französischen Ministerpräsidenten zu erteilen beabsichtigt.

Tages-Spiegel

Zwischen Reichsregierung und Ländern ist eine Einigung über die Kürzung der Länderzuweisungen um 100 Millionen und in der Frage der Realsteuer zustande gekommen. Die Reichsratsausschüsse nahmen die entsprechenden Vorlagen in zweiter Lesung an.

Die Kürzung der Beamtenegehälter soll nach den Beschlüssen des Reichsrates bereits ab 1. Februar vorgenommen werden.

Der Kabinettsausschuss für Preisfragen verhandelte mit dem Präsidenten des Deutschen Städtetages um Senkung der städtischen Tarife.

Der Ministerpräsident von Thüringen beabsichtigt, sich beim Reichskanzler über das Vorgehen des Reichsinnenministeriums im Polizeikonflikt zu beschweren.

Der französische Justizminister Peret ist infolge eines Pariser Bankrotts, in den er verwickelt wurde, zurückgetreten.

In Spanien hat die Madrider Streikbewegung auf alle größeren Städte des Landes übergegriffen; die Stilllegung des Eisenbahnverkehrs ist zu befürchten.

Die Wahlen zum polnischen Sejm

Pilsudski hat die absolute Mehrheit erreicht.

U. Warschau, 18. Nov. Nach dem endgültigen Wahlergebnis steht fest, daß die Regierungspartei durch den starken Druck der Anhänger Pilsudskis die absolute Mehrheit (122 Sitze) im neuen Sejm haben wird. Als Sieger sind ferner die National-Demokraten hervorgegangen, die über 20 Mandate gewinnen konnten. Der Zentrolen, der die polnischen Sozialisten, die drei Bauernparteien und die Nationale Arbeiterpartei umfaßt, hat über 50 v. H. seiner Mandate eingebüßt. Die Christlichen Demokraten (Korianty) haben sich insbesondere in Oberschlesien behauptet. Verhältnismäßig den größten Verlust haben die Deutschen davongetragen, die 14 Mandate verlieren. Der Rückgang der deutschen Stimmen beträgt im Durchschnitt etwa 27 v. H., der Mandatsverlust dagegen etwa 50 v. H. Das beweist, daß gegen Terror und Wahlmanipulationen auch die beste nationale Disziplin und Geschlossenheit nur wenig ausreicht kann. Ob die absolute Mehrheit, die der Regierungsbloc erhalten hat, für die Verfassungsänderung ausreichen wird, ist vorläufig noch nicht zu übersehen, da dafür drei Fünftel Mehrheit erforderlich ist.

Gasmaskenverkauf gegen Ratenzahlung in Sowjetrußland. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat in Leningrad im Zusammenhang mit der bevorstehenden Dekade für die Landesverteidigung der Verkauf von Gasmasken begonnen. Die Bevölkerung muß sich im Laufe von 2 Jahren mit Gasmasken für den Fall eines Gasangriffs auf Leningrad ausrüsten. Die Gesellschaft Njodvichim verkauft an die Bevölkerung Gasmasken zum Preis von 12 R. das Stück, wobei auch Ratenzahlungen geleistet werden können.

Schneestürme in Ostpreußen

U. Königsberg, 18. Nov. Nachdem noch am Sonntag herbitlich mildes Wetter herrschte, ist über Nacht ein Wettersturz eingetreten. Den ganzen Montag über schneite es ohne Unterbrechung, so daß die Schneedecke bis Mitternacht bereits eine Höhe von etwa 25 Zentimeter erreicht hatte. Der zeitweise orkanartige Schneesturm hatte zahlreiche Verkehrsstörungen zur Folge.

50 Todesopfer in Lyon?

U. Paris, 18. Nov. Die Zahl der Todesopfer der Einsturzkatastrofe in Lyon wird nunmehr auf etwa 50 geschätzt. 32 Opfer stehen bisher fest: 19 Feuerwehrleute, 5 Polizisten, 6 Frauen und 2 Kinder. Man hat jedoch Grund zur Annahme, daß unter den Trümmern noch etwa 18 Leichen liegen, darunter Algerier, die in einem Hotel wohnten.

Wirbelstürme in den amerikanischen Südstaaten

U. Newyork, 18. Nov. Aus den amerikanischen Südstaaten werden mehrere schwere Wirbelstürme gemeldet, die furchtbare Verheerungen anrichteten. Bisher werden zwölf Tote und zahlreiche Verletzte gemeldet. Der Sachschaden soll sehr groß sein. Einzelheiten liegen noch nicht vor, da die Telephon- und Telegraphenleitungen vielfach zerstört sind.

Die Dezembertagung des Reichstages

Der Reichstag wird bei seinem Wiederzusammentritt am 8. Dezember nicht nur das gesamte Finanzreformprogramm der Reichsregierung, sondern auch bereits den Haushalt für 1931 vorfinden. Die Ausschussverhandlungen über den Haushalt werden trotz der frühzeitigen Vorlegung erst im Januar beginnen, da die Ausschüsse im Dezember mit der Beratung der Finanzvorlage voll beschäftigt sein werden. Es handelt sich dabei um ein recht erhebliches Paket von Gesetzentwürfen, deren wesentlichste Teile die Reichsregierung bereits im Dezember vom Reichstag verabschiedet wissen will, obwohl die in den Gesetzentwürfen vorgeschlagenen Maßnahmen erst am 1. April in Kraft treten. Der Reichstag wird also unmittelbar nach seinem Zusammentritt im Dezember die erste Beratung des Haushalts und in Verbindung damit der Finanzreformgesetze vorzunehmen haben. Dann dürfte erneut eine Pause in den Plenarberatungen eintreten, damit inzwischen die Ausschüsse arbeiten können. Auch der bevorstehende Stützungsabschnitt des Reichstages wird also nur wenige Tage dauern. Frühestens Mitte Dezember wird das Plenum zur abschließenden Beratung der von der Regierung als dringlich bezeichneten Gesetze schreiten können. Ob der Plan der Regierung überhaupt gelingt, muß abgewartet werden. An Schwierigkeiten wird es sicher nicht fehlen. Auf jeden Fall wird man sich ähnlich wie im vorigen Jahr auf eine Reichstagsagung einrichten müssen, die bis dicht an das Weihnachtsefest reicht. Ob die endgültige Beschlussfassung über die Notverordnungen, die jetzt der Haushaltsausschuss beraten wird, gleich Anfang Dezember erfolgen wird, ist noch nicht fest. Es ist durchaus möglich, daß die Entscheidung darüber mit der über die Reformgesetze verbunden wird.

Der Außenhandel im Oktober

Ausfuhrüberschuß ohne Reparationen 178 Mill. RM.
Die Einfuhr im Oktober ist mit 833,6 Mill. RM. um 97 Mill. RM. höher ausgewiesen als im September. In der Einfuhrzahl für Oktober sind allerdings 67 Mill. RM. aus Lagerabrechnungen enthalten, die auf die Einfuhr in den vorangegangenen drei Monaten entfallen; es handelt sich bei diesem gegenüber September (15 Mill. RM.) erheblich höheren Betrag um vierteljährliche Lagerabrechnungen, die auf Anordnung des Reichsfinanzministers an die Stelle der bisherigen halbjährlichen Abrechnungen getreten sind.
Die Ausfuhr beträgt im Oktober 1011,6 Mill. RM.; ferner sind in diesem Monat als Reparations-Sachlieferungen Waren im Werte von 61,4 (Vor Monat 61,8 Mill. RM.) an das Ausland geliefert worden, für die Deutschland eine Bezahlung seitens der Empfänger nicht erhält. Die Ausfuhr, ausschließlich der Reparations-Sachlieferungen, deren Wert gegenüber September nur unwesentlich geringer ist, hat eine Zunahme um 72,3 Mill. RM. erfahren, ein bemerkenswert hoher Betrag, der über das Ausmaß der im Oktober zu erwartenden saisonmäßigen Zunahme hinausgeht.
Die Handelsbilanz, unter Ausschluß der Reparations-Sachlieferungen, schließt im Oktober mit einem Ausfuhrüberschuß von 178 Mill. RM. ab; unter Einbeziehung der Reparations-Sachlieferungen übertrifft der Wert der ausgeführten Waren den Wert der Einfuhr um 235 Mill. RM.

Warnung vor Ueberbrückungskrediten

Die Vorsitzenden und Geschäftsführer der Kreditanschlüsse der Landes- und Provinzialstädteverbände waren unter dem Vorsitz des Präsidenten des Deutschen Städteverbandes, Dr. Muler, in Berlin versammelt. Den Verhandlungen kam angesichts der Bestrebungen zur Reform der Anleiheberatungsstelle besondere Bedeutung zu. Es kam zum Ausdruck, daß nach wie vor allergrößte Zurückhaltung in der Anleiheaufnahme der leitende Gesichtspunkt für die Arbeit der Kreditanschlüsse ist. Die Reichs- und Staatsbehörden müßten in ihren Anforderungen und Anregungen hinsichtlich kommunaler Bauten auf die Finanzlage der Gemeinden Rücksicht nehmen. Im Zusammenhang hiermit faßte die Versammlung eine Entschließung, in der unter Hinweis auf die Erschütterung der städtischen Haushalte durch die Zunahme der Zahl der Wohlfahrtsverbandslosen vor der vielfach empfohlenen Aufnahme von Defizitanleihen oder Ueberbrückungskrediten gewarnt wird, da solche Maßnahmen die Schwierigkeiten der Gemeindefinanzen nur verschärfen würden.

Breite und Löhne

Der Gewerkschaftsring protestiert gegen die Tributlasten.
U. Berlin, 17. Nov. Im Rahmen seines vierten freizeittlich-nationalen Kongresses veranstaltete der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände im Reichstag eine Jubiläumskundgebung zur Feier seines zehnjährigen Bestehens. Der stellv. Vorsitzende des Gewerkschaftsrings, F. J. Tenberg, erhob in seiner Eröffnungsrede „stärksten Protest gegen die Tributlasten“, die nun einmal nicht getragen werden könnten. Dieser Protest könne besonders aus den Kreisen der Lohn- und Gehaltsempfänger nicht stark genug kommen, weil man den Versuch gemacht habe und noch mache, die Reparationslasten zum allergrößten Teil auf die Arbeitnehmer abzuwälzen. Unter großem Beifall richtete er besonders an die Reichsregierung den ersten Appell, den Weg einer Schwächung der Kaufkraft eines ganzen Volksteiles nicht mehr mitzugehen und sich mindestens mit der gleichen Wucht, mit der sie sich für Lohn- und Gehaltsabbau einsetze, auch für den entsprechenden Preisabbau zu entscheiden. Man wundere sich nur, daß die Preisentwertung nicht schon vor dem Lohnabbau längst in Angriff genommen worden sei. Für die Reichs- und die preussische Staatsregierung brachte der preussische Handelsminister Dr. Schreiber zum Ausdruck, daß beide Regierungen durchaus bereit seien, den Preisabbau in Angriff zu nehmen. Der Vorsitzende des Bundes Deutscher Boden-

reformer, Dr. Damacke, hob hervor, daß bis zum heutigen Tage die Verheißung der Verfassung, Bodenwucher und Bodenpekulation auszuschalten, nicht erfüllt sei, obwohl die Reichstagsmehrheit schon zweimal eine solche Forderung erhoben habe.

Generalsekretär Reichstagsabg. Lemmer stellte zur Frage des Preisabbaus fest, der bisherige Preisabbau reiche bei weitem nicht aus, um auch nur annähernd einen Prozentsigen Lohnabbau zu rechtfertigen. Lemmer wies daraufhin, daß nach amtlichen Berechnungen die in Berlin bisher durchgeführten Preisabbaumaßnahmen bei einer 5köpfigen Familie nur 2 Mark im Monat ausmachen würden und daß auf der anderen Seite durch einen derartigen Lohnabbau die Kaufkraft der breiten Masse im Vergleich zu 1929 fast schon um 10 v. H. gesunken sei.

Der Gewerkschaftsring faßte eine Entschließung, in der u. a. zur Frage des Verhältnisses zwischen Preis und Lohn erklärt wird, die Politik der Reichsregierung, das deutsche Preisniveau dem Weltmarktpiegel anzupassen, sei zu unterstützen. Es sei aber notwendig, daß diese Senkungsmaßnahmen bei allen Warenpreisen bis zum Verbraucher durchgeführt würden. Die Ernährungs-kosten, die im Arbeitnehmerhaushalt den größten Anteil ausmachten, ständen in Deutschland beträchtlich über dem Weltmarktpreisniveau. Sie würden vielfach auch durch die ungerechtfertigte Preisspanne zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreisen hochgehalten. Gegen volkswirtschaftlich ungesunde Preisbindungen müßten mehr als bisher die staatlichen Machtmittel eingesetzt werden. Soweit die überhöhten Ernährungs-kosten durch übermäßige Einfuhrzölle verursacht würden, sei deren Abbau dringend geboten.

Die Rücksicht auf Erhaltung der Massenkaufkraft erforderliche gebietliche Preisentwertungen, aber nicht einseitigen Gehalts- und Lohnabbau, ohne vorherige Verbesserung des Reallohnes von der Preisseite her. Senkung der Gestehungskosten durch Lohnherabsetzungen sei erst dann sozial und ökonomisch zu rechtfertigen, wenn die Gesamtkosten des Arbeitnehmerhaushalts fühlbar gesenkt seien. Ein Rückgang von Großhandelspreisen begründe Lohnkürzungen nicht, umso weniger, als in den letzten Monaten Neubelastungen der Arbeitnehmer durch Steuer- und Tarifierhöhungen, Mietpreissteigerung und so fort erfolgt seien, die vereinzelte Preisabstriche mehr als ausgeglichen hätten.

Gemeindewahlen in Mecklenburg

U. Schwerin, 18. Nov. Am Sonntag fanden in beiden Mecklenburg Gemeindevahlen statt. Im allgemeinen konnte man beobachten, daß die Wahlbeteiligung schwächer als bei den Reichstagswahlen war. Sie bewegte sich im Durchschnitt zwischen 70 und 75 v. H., zum Teil auch darunter. Als Hauptmerkmal ist die Tatsache zu erwähnen, daß die Nationalsozialisten fast überall eine außerordentliche Vermehrung ihrer Stimmen verbuchen konnten, während die Sozialdemokraten eine auffallende Abschwächung in fast allen Städten aufzuweisen haben, wogegen die Kommunisten ihre Stimmenzahl im großen und ganzen behaupten konnten. In den bürgerlichen Kreisen tritt besonders die starke Zersplitterung hervor.

Volkstagswahlen in Danzig

U. Danzig, 18. Nov. Am Sonntag fanden in der Freien Stadt Danzig die Neuwahlen zum Danziger Volkstag statt, und zwar zum ersten Male nach der im Sommer ds. Js. abgeänderten Verfassung. Nach dieser Verfassungsänderung ist die Zahl der Volkstagsabgeordneten von 120 auf 72 herabgesetzt worden.

Die Wahlen zum Danziger Volkstag ergaben folgendes Gesamtergebnis: Sozialdemokraten 58 741 (1927: 61 779), 19 Mandate (42), Deutschnat. Volkspartei 27 533 (35 829), 10 Mandate (25), Zentrumspartei 30 841 (29 096), 11 Mandate (18), Kommunisten 22 489 (11 700), 7 Mandate (7), Nationalliberale Bürgerpartei 4465 (8381), 2 Mandate (7), Deutsch-Danziger Partei 6055 (8010), 2 Mandate (6), Deutschliberale 3400 (6204), 1 Mandat (4), Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft (Beamtenpartei) 4886 (4227), 1 Mandat (3), Polen und polnisch-katholische Partei 6441 (5764), 2 Mandate (3), Mieter 1306 (1886), 0 Mandate (1), Fischer 1637 (—), 0 Mandate (1).

Sunlicht zeigt Ihnen wirklichen Preisabbau!

SUNLICHT SEIFE

1/2 Pfund Doppelstück 48 Pfg., jetzt 30 Pfg.
Der große Würfel 35 Pfg., jetzt 25 Pfg.

LUX SEIFENFLOCKEN

Das gr. Doppelpaket 75 Pfg., jetzt 50 Pfg.
Die Normalpackung 48 Pfg., jetzt 30 Pfg.

SUMA das schonende Seifenpulver

1/2 Pfd. 45 Pfg., jetzt 40 Pfg.

SP 2 - 20

SUNLICHT GES. A. G. MANNHEIM - BERLIN

Die Vorschläge der britisch-indischen Regierung für die Londoner Konferenz

U. London, 17. Nov. Die Vorschläge der britisch-indischen Regierung für die politische Neuordnung in Indien werden heute bekannt. Gefordert wird die neue Verfassung müsse „weitere Entwicklungsmöglichkeiten“ enthalten. Der Gedanke eines allindischen Bundes wird angenommen. Den Provinzen soll ein Höchstmaß von Autonomie gegeben werden. Gefordert wird ferner wesentliche Stärkung der Zentralgewalt. Die Regierung soll der gesetzgebenden Versammlung formal nicht verantwortlich sein. Alsdann werden die wichtigen Reservatpunkte für den Vizekönig, bzw. die englische Regierung aufgezählt: 1. Verteidigung, 2. Außenpolitik, 3. Innere Sicherheit, 4. Finanzielle Verpflichtungen, 5. Schutz der Minderheiten und 6. Die Rechte der indischen Verwaltungsbeamten und des Polizeidienstes. Der Vorschlag, die indische Armee unter britische Reichskontrolle zu stellen, wird abgelehnt. Abschließend wird Wert auf die Feststellung gelegt, daß damit ein erster Schritt auf dem Wege zum Dominion-Status unternommen sei.

Transatlantischer Luftdienst

U. London, 18. Nov. Bei den Verhandlungen über die Eröffnung eines transatlantischen Luftdienstes von Amerika über die Bermudas und die Azoren nach Europa wird, einem Telegramm der Exchange Telegraphen Company zufolge, die französischen Interessen besonders die französische Gesellschaft Aero Postale vertreten. England wird an diesem Plan zunächst nur soweit teilnehmen, als die Strecke New York-Bermudas in Frage kommt. Wie weit es auch an dem übrigen Teil der Route beteiligt wird, ist zur Zeit noch fraglich. Von amerikanischer Seite wird die Pan-American Airways vertreten sein.

Kleine politische Nachrichten

Reichswehr und Kartoffeltransport. Die Preisentwertungsaktion der Reichsregierung befindet sich erst in den Anfängen und kommt nur langsam in Gang. Auch der Kartoffelpreis ist herabgesetzt worden. Das klingt verheißungsvoll, aber die Hauptsache ist doch, die Kartoffeln zunächst einmal in die Städte zu bringen. Man sollte aus früheren Jahren lernen und sich nicht allein auf die Eisenbahn verlassen. Bei eintretendem Frost ist sowieso die Zufuhr unterbunden. Es ist daher größte Beschleunigung am Plage. In parlamentarischen Kreisen ist jetzt angeregt worden, die Reichswehr mit ihren zahlreichen Fahrzeugen aller Art zum Kartoffeltransport heranzuziehen. Es würde auf diese Weise möglich sein, gewaltige Kartoffelmengen rasch nach den Städten zu bringen und sie dort zu einem mittleren Preise abzusetzen, bei dem die Kartoffelerzeuger und die Abnehmer zufrieden sein können.

Zwei Spione verhaftet. Nachdem die Franzosen nicht mehr unmittelbar durch ihre Besatzungsorgane Spionage treiben können, haben sie eine Reihe von Spionen im vormalig besetzten Gebiet eingesetzt. Zwei von ihnen wurden festgenommen und dem Oberlandesgericht in Darmstadt zur Aburteilung überwiesen. Es handelt sich hierbei um einen gewissen Max Neukirch und Adolf Ramm, die beauftragt waren, mit Reichswehrsoldaten in Verbindung zu treten, um sie zur Ablieferung von Material über die Reichswehr zu veranlassen.

Fingerabdruck-Länderzentrale. Durch Beschluß aller deutschen Länder ist die von der deutschen kriminalpolizeilichen Kommission zur schnelleren und sichereren Feststellung der Persönlichkeit vorgeschlagene gemeinsame Fingerabdruck-Länderzentrale errichtet worden. Als Länderzentrale im Sinne der Geschäftsordnung gelten nur die Fingerabdruckzentrale beim Landeskriminalpolizeiamt in Berlin, bei der Polizeidirektion in München, beim Landeskriminalamt in Dresden, beim Landespolizeiamt in Karlsruhe, bei der Polizeibehörde in Hamburg und beim Landeskriminalpolizeiamt in Stuttgart.

Dessenliche Anfrage an die Reichsregierung. Der Vorstand des deutschen Volksbundes für Polen, Domprediger D. D. Hartwich, hat an die Reichsregierung folgende öffentliche Anfrage gerichtet: „Wie lange denkt die Reichsregierung den unerhörten Terror gegenüber der deutschen Minderheit in Polen noch stumm mit anzusehen. Wie lange will die Regierung deutsche Art ohne Grund noch mit Füßen treten lassen? Ist man in Berlin so blind, daß man mögliche Vergeltungsmaßnahmen nicht erkennt?“

Deutsches Denkmal in Tarnowitz in die Luft gesprengt. Das Denkmal des Grafen Reden, des Milchbüpfers der ober-schlesischen Industrie, das im Jahre 1874 zum Andenken an das 100jährige Jubiläum der Friedrichsgrube bei Tarnowitz errichtet wurde, ist in die Luft gesprengt worden, zweifellos von polnischen Aufständischen.

Wie man die Saarfrage lösen will. Der „Temps“ beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit einem phantastischen Vorschlag, den die Zeitschrift „Revue de Paris“ über die Regelung der Saarfrage gemacht hat. In der Zeitschrift war vorgeschlagen worden, den jetzigen Zustand in Saar-gebiet aufrecht zu erhalten und daselbe endgültig dem Völkerverbund zu unterstellen. Der Sitz des Völkerverbundes könnte dann von Genf nach Saarbrücken verlegt werden, wodurch nicht nur der Völkerverbund eine reale Machtgrundlage erhalten, sondern auch die Saarfrage als deutsch-französischer Zankapfel aus dem Wege geräumt würde.

Preisentwertungsbestrebungen auch in Oesterreich. In Wien soll nach einer Botsprechung zwischen Vertretern der Produzenten, des Landwirtschaftsministeriums und der Gemeinde der Verkaufspreis für Milch von 52 auf 49 Groschen herabgesetzt werden. Man hofft, dadurch den Milchpreis zu senken. Die Verbilligung der Milch soll der erste Schritt zu einer allgemeinen Preisentwertung sein, wie sie jetzt im Deutschen Reich angestrebt wird.

U. Pa
fehung de
Eodesoppe
arbeiten si
wehreute,
anüberseh
gefunden.
sen werde
Regen fällt
Flügel des
Augenblick

Am So
rutsch, n
brach. Ne
fahr berei

Der 17
lokal in M
Kaufmann
bedacht un
gibt er an,
nicht länge
für den sch

Ein chi
wohnt in
suche mehr
retten, mu
aufgegeben

Der vie
brachte die
wiederum
Befannten
Beide erkl
geklagten,
und konnte
Sodann w
Otto Schn
Ereignisse
daß sein S
Zeit) wied
Jahre jüng
ersten Bes
der Täter
sprechen un
dazu beitra
Heute gibt
gelagt. Als
damals das
Zungenban
ist! Am W
termin abg

Das Wi
Der Eng
steuerart
and die A
weitgehend
mung der
lassen. Der
ab. Dieser
nicht mehr
Reichsmark
50 RM, mo

70

Copy
Sie f
Riebe in
eine ungl
zwischen
sie unglü
konnte, a
blieb zw
das Fez
ihm zu
Mal aus
und nach
Riebe
Malie im
verbrach
Achim in
meinjam
von ihm
Achim
ihn. Nach
brachte u
andern W
war die
und erit
alte Tam
zeigte sich
gütigste
Mit V
Augen spr
Weise An
Die S
Kopf und

Neuer Erdrutsch in Lyon

11. Paris, 18. Nov. In Lyon fand am Sonntag die Befreiung der ersten vier aus den Schuttmassen geborgenen Todesopfer des Erdrutsches statt. Bei den Aufräumungsarbeiten sind bis jetzt insgesamt 12 Tote, darunter 7 Feuerwehrlente, freigelegt worden. Am Sonntag hatte sich eine ansehnliche Menschenmenge am Ort der Katastrophe eingefunden. Es mußten energische Absperrrmaßnahmen getroffen werden, um Zwischenfällen vorzubeugen. Da fortgesetzt Regen fällt, so befürchten die Sachverständigen, daß der linke Flügel des auf der Anhöhe gelegenen Krankenhauses jeden Augenblick einstürzen kann.

Am Sonntag vormittag ereignete sich ein neuer Erdrutsch, wobei ein weiterer Teil der Stützmauer zusammenbrach. Neue Opfer sind nicht zu beklagen, da man die Gefahr bereits vorausgesehen hatte.

Aus aller Welt

Vatermord bei Saarbrücken.

Der 17 Jahre alte Sohn Hans des in seinem Geschäftslokal in Neunkirchen an der Saar erschossenen aufgefundenen Kaufmanns Scheid hat eingestanden, die Bluttat mit Vorbedacht und ohne Beihilfe ausgeführt zu haben. Als Grund gibt er an, daß er den dauernden Streit zwischen den Eltern nicht länger habe mitansehen können und daß er den Vater für den schuldigen Teil gehalten habe.

Chinesischer Dampfer im Taisun gesunken.

Ein chinesischer Dampfer ist auf der Fahrt nach Vladivostok in einen Taisun geraten und gesunken. Trotz der Versuche mehrerer Dampfer, die 27 Mann starke Besatzung zu retten, mußte das Rettungswerk wegen des starken Sturmes aufgegeben werden.

Der Marzeller Mordprozeß

Der vierte Verhandlungstag im Mordprozeß Schneider brachte die Fortsetzung der Beweisaufnahme. Es wurden wiederum einige Zeugen vernommen, darunter die beiden Bekannten des Angeklagten, Weingärtner und Schöpfer. Beide erklärten, trotz der Verdächtigungen seitens des Angeklagten, mit Brauns Ermordung nichts zu tun zu haben und konnten ihr Alibi in der Zeit der Mordtat nachweisen. Sodann wurde der Vater des Angeklagten, der 60 Jahre alte Otto Schneider, vernommen. Von seinen Aussagen über die Ereignisse des Mordtages ist die Angabe von Bedeutung, daß sein Sohn Franz kurz nach 1/8 Uhr (das ist die kritische Zeit) wieder weggegangen sei. Otto Schneider, der zwei Jahre jüngere Bruder des Angeklagten, hatte bei einer der ersten Vernehmungen gesagt, nur sein Bruder Franz könne der Täter sein. Er habe darüber auch mit seinem Vater gesprochen und dieser habe ihm erwidert: „Willst Du auch noch dazu beitragen, daß ihm der Kopf heruntergemacht wird?“ Heute gibt der Zeuge an, er habe damals die Unwahrheit gesagt. Als der Vorsitzende den Zeugen fragt, weshalb er damals das gesagt habe, schweigt Otto Schneider. Von der Zeugenbank her ruft der Vater: „Weil er ein dummes Kerl ist!“ Am Montag vormittag ist in Marzell ein neuer Lokaltermin abgehalten worden.

Aus Württemberg

Das Württ. Ausführungs-gesetz über die Bürgersteuer.

Der Entwurf des dringlichen Gesetzes über die Bürgersteuer liegt nun gedruckt vor. Die Ausgestaltung dieser Steuerart ist durch die Notverordnung vom 26. Juli 1930 und die Durchführungsbestimmungen vom 4. September weitgehend festgelegt. Den Ländern ist lediglich die Bestimmung der Höhe der Bürgersteuer (des Landesfußes) überlassen. Der im Entwurf vorgeschlagene Satz ist der Mindestsatz. Dieser beträgt für Personen mit Jahreseinkommen von nicht mehr als 8000 Mark mindestens 6 RM, mehr als 8000 Reichsmark, jedoch nicht mehr als 25 000 RM, mindestens 50 RM, mehr als 50 000 RM., jedoch nicht mehr als 100 000

Die Erbin von Wolferdingen.

Roman von E. Rastan. Stumpf.
Copyright by R. & D. Grotter, G. m. b. H., Rastatt.

Sie fühlte ja Mitleid mit ihm und versuchte die alte Liebe in ihr Herz zu zwingen, es gelang ihr nicht — wie eine unsichtbare Mauer stand die erzwungene Verlobung zwischen ihr und ihm. Es tat ihr selbst weh und machte sie unglücklich, daß sie dieses nicht vergessen und vergeben konnte, aber es ließ sich nicht ändern. Die hohe Mauer blieb zwischen ihnen stehen und sie brachte es nicht über das Herz, den Gatten sehen zu wollen oder einen Gruß ihm zu sagen. Da — ein erleichterter Atemzug kam jedes Mal aus ihrer Brust, wenn Tante Selma sie allein ließ und nach Breitenfels zurückfuhr.

Liebe und Güte erfuhr sie von Onkel und Tante Malie im reichsten Maße, wenn sie bei ihnen ihre Jugend verbracht hätte, wäre sie vielleicht weniger streng mit Achim ins Gericht gegangen. — Aber so — er machte gemeinsame Sache mit ihrer Stiefmutter — das trennte sie von ihm.

Achim war tief unglücklich über ihr Hintertreten über ihn. Nachdem er wieder einmal eine qualvolle Nacht verbracht und sich keinen Rat mehr mußte, stieg er am anderen Morgen zu Tante Helmas Gemächern empor. Ihr war die Größe des ganzen Zerwürfnisses noch unbekannt und erit seine ausführliche Reichte weichte sie ein. Und die alte Dame, die treu Freund und Leid mit ihm geteilt, zeigte sich auch jetzt als die großdenkende Frau, als die gütigste Beraterin, der das schwerste Leid nicht fremd war. Mit Worten gab sie Achim keinen Vorwurf, nur ihre Augen sprachen um so deutlicher als sie hörte, auf welche Weise Anneliese seine Braut geworden war.

Die Scham über ihren Blick trieb ihm das Blut in den Kopf und zum ersten Male sah auch er, wie groß das

Reichsmark 100 RM., mehr als 100 000 RM., jedoch nicht mehr als 200 000 RM., mindestens 200 RM., mehr als 200 000 Reichsmark, jedoch nicht mehr als 500 000 RM., mindestens 500 RM., mehr als 500 000 RM., mindestens 1000 RM. für das Jahr. Art. 2 des Entwurfs soll das Verhältnis der Bürgersteuer zu der bisher in allen Gemeinden des Landes erhobenen Einwohnereinkommenstellen. Kommt die Notverordnung des Reichspräsidenten durch den Reichstag oder in anderer Weise in Wegfall, so soll das bisher bestehende Landesrecht wieder in Kraft treten, also Art. 15, Gemeindesteuer, wieder wirksam werden. Da die Gemeinden spätestens Ende November die Steuerkarten an die Steuerpflichtigen auszugeben haben, so muß bis dahin die Höhe des Landesfußes bestimmt sein. Daraus ergibt sich die Dringlichkeit des Gesetzes.

Aus Stadt und Land

Calw, den 18. November 1930.

Bürgerversammlung in Stammheim.

Ein von Schultheiß Dirr im Gasthaus „zum Bären“ über Gegenwartsfragen der Gemeindeverwaltung gehaltener Vortrag erfreute sich eines außerordentlichen Besuchs, ein Beweis von dem großen Interesse, das die Bürger für Gemeindefragen haben. Das verfloßene Jahr ist nach den Ausführungen des Gemeindevorstands für die Gemeinde Stammheim ein ziemlich bewegtes gewesen. Die erhofften Verbesserungen im wirtschaftlichen Leben sind nicht eingetreten. Die Steuern sind im Reich höher geworden, was sich auch in der Gemeinde sofort auswirkte. Die schon im Vorjahr eingetretene Verschuldung hat weitere Fortschritte gemacht. Die Grundstückspreise senken sich bereits in erschreckender Weise. Die Entwertung des Grundbesitzes macht weitere Fortschritte. Der Gemeinderat hat im Berichtsjahr 27 Sitzungen abgehalten. Die Finanzen und der Schuldenstand sind dieselben wie im Vorjahr. Der Umlagensatz ist um 2 Proz. gekürzt worden und steht jetzt auf 18 Proz. Dies war nur dadurch möglich, daß vieles zurückgestellt wurde. Von der Gemeindeeinkommensteuer werden in nächster Zeit wohl noch mehr Gebäudeteile erfasst werden. Die erhöhte Gemeindeeinkommensteuer ist bis jetzt vom Gemeinderat abgelehnt worden. Sollten jedoch für die Gemeinde Wohlfahrtslasten eintreten, so sehen sich die Kollegien gezwungen, dieselbe einzuführen. An kleineren Änderungen wurde angeführt: Bei Säuberungsarbeiten auf dem Rathaus sind zuvor 5 RM. Sporteln zu entrichten. Die Schlacht- und Fleischbeschaugebühren wurden erhöht. Die Veterenangebe hat eine unwesentliche Erhöhung erfahren. Bezüglich der Hoch- und Tiefbauten wurde erwähnt, daß die private Bauartigkeit eine sehr geringe war; die Gemeinde hatte sich nicht betätigt. Bei Punkt „Gesundheits- und Wohlfahrtspflege“ wurde auch der Wohnsitz des Ortsarztes erörtert. Nach der Entscheidung der letzten Instanz in dieser Frage wird derselbe auch künftig in Althengstett wohnen. Nach einer Verfügung des Gesundheitsamtes wird vom 1. Januar ab die Trichinenfrage streng durchgeführt. Weitere Mitteilungen wurden gemacht über die Feldbereinigung, Eber- und Farnhaltung, Gemeindefagd usw. Die Nutzung des Waldes ist unverändert geblieben, sie beträgt z. B. 1100 Festmeter; die Einnahmen hierfür schwanken zwischen 15 000 und 25 000 RM. Am 1. Dez. ds. Jz. tritt die neue Gemeindeordnung in Kraft. Sie bringt die Ausschreibung der Teilgemeinden aus dem Gemeindeverband, wenn sie beantragt wird, die Reduzierung der Zahl der Gemeinderäte auf 10—16 (die Festsetzung ist Sache der Gemeinde und die Aenderung des Titels Schultheiß in Bürgermeister. In allernächster Zeit soll die Kanalisation vom Spittel bis Seebamm und die Wasserleitung im Deländerle in Angriff genommen werden. An Personaländerungen in der Gemeinde ist zu nennen die Wiederwahl des Gastwirts Mörtsch zum Anwalt der Teilgemeinde Waldeck und Station Feinag, Belobungen und Belohnungen für 25jähr. Tätigkeit erhielten Feldschütz Haug und Hebamme Böhm.

Aus dem Hirsauer Vereinsleben.

Auf Einladung von Herrn Forstmeister Mast fand kürzlich im Kurhotel eine Zusammenkunft sämtlicher Vereins-

vorstehender statt, um über die Frage der Weihnachtsfeiern zu beraten. Nun hatten aber bereits die meisten Vereine schon Weihnachtsfeiern beschlossen; diese sollen nun, allerdings in ganz bescheidenem Rahmen, abgehalten werden. Der Militärverein will aber, um eine Säufung zu vermeiden, erst im Frühjahr eine Abendunterhaltung abhalten. Den Reigen eröffnete am Samstagabend der Turnverein mit einer wohl gelungenen Abendunterhaltung. Nach einem einleitenden Eröffnungsmarsch begrüßte der neue Vorstand, Polizeiwachmeister Proff, die zahlreich erschienenen Anwesenden, um in markigen Worten über Ziel und Zweck des Turnens zu reden und um Unterstützung der edlen und für unser Volkstum so überaus wichtigen Turnsache zu bitten. Ein kräftiges „Gut Heil“ schloß die mit großem Beifall aufgenommene Begrüßungsansprache. Was der Turnverein leistet, das zeigten die unter Leitung von Turnwart Bertsch vorgeführten Varenübungen, die das Bild beherrschter Kraft verbunden mit großer körperlicher Gewandtheit darboten und mit Recht brausenden Beifall fanden. Daß unsere Turner aber auch gute Theaterpieler sind, bewiesen sie bei der Aufführung einiger Theaterstücke und Couplets, die ebenfalls großen Anklang fanden. Auch die Besetzung der Damenrollen war eine sehr gute. Ein reich gedeckter Gabentisch lockte zu fleißigen Vorkäufen, und nur zu rasch entschwand die geküllten Stunden. Jedenfalls darf der Turnverein mit großer Befriedigung auf diese Veranstaltung zurückblicken. Möge ihm unter seinem neuen Vorstand ein reiches Vorwärts- und Aufwärtstreben beschieden sein!

Briefstabenausstellung in Bad Liebenzell.

Am 8. und 9. November hielt der Briefstabenverein Nagoldperle (Reiseabteilung Bad Liebenzell) seine diesjährige Ausstellung im Gasthaus zum „Waldhorn“ in Bad Liebenzell ab. Die Ausstellung war sehr gut besucht und wies bestes Material auf. Es waren Sieger und Flieger vertreten, welche bis zu 540 Km. Luftlinie mit gutem Erfolg gereist sind. Die Ausstellung war aber leider nur schwach besucht. Es erhielten Preise: Eugen Joos-Unterhauglert einen Ehrenpreis und einen 2. Preis; Gottf. Paulus-Altburg einen Ehrenpreis, einen 1. Preis und drei 2. Preise; Matth. Hall-Altburg einen Ehrenpreis, zwei 1. und zwei 2. Preise; Fr. Baier-Altburg drei 1. Preise; W. Braun-Altburg einen Ehrenpreis, zwei 1. und zwei 2. Preise; Gottf. Holz-Altburg zwei 1. und zwei 2. Preise; Chr. Becker-Bielsberg einen Ehrenpreis, zwei 1. und zwei 2. Preise; Karl Talmon-Neuhengstett einen Ehrenpreis und einen 1. Preis; Karl Talmon II.-Neuhengstett zwei 2. Preise; Karl Jäger-Neuhengstett einen 1. und zwei 2. Preise; Wilh. Calmbach-Maisenbach zwei 2. Preise; Fritz Schuder-Calm zwei Ehrenpreise, einen 1. Preis und zwei 2. Preise; Eugen Holzjäger-Liebenzell einen Ehrenpreis, zwei 1. und fünf 2. Preise; Ernst Rembold jun.-Liebenzell drei 2. Preise; Wilh. Hühner-Liebenzell einen 2. Preis; Wilhelm Burghardt-Liebenzell einen Ehrenpreis, zwei 2. Preise. W. B.

Wetter für Mittwoch und Donnerstag.

Über Mitteleuropa liegt ein ziemlich starker Hochdruck. Eine Depression zieht sich im Norden. Für Mittwoch und Donnerstag ist zeitweilig aufsteigendes, aber nicht beständiges Wetter zu erwarten.

Neuenbürg, 17. Nov. Schon seit längerer Zeit beschäftigte sich die hiesige Stadtverwaltung mit dem Gedanken, dem meistens in trockenen Jahrgängen sich besonders fühlbar machenden Wassermangel dadurch Abhilfe zu verschaffen, die jegliche bewährte Quelle im Tröstbach durch Zuleitung der in der Nähe sich befindenden Quellen zu verstärken. Durch Vereinbarung mit der Staatsforstverwaltung ist es nun gelungen, zwei weitere Quellen der Stadt zu sichern und zur Zeit wird eifrig daran gearbeitet, nachdem beide Quellen gefast sind, deren Wassermengen dem Hauptschacht zuzuführen. Es ist dies keine leichte Arbeit, zumal das betreffende Gelände äußerst felsig ist und aus technischen Gründen keine Sprengungen vorgenommen werden können.

Unrecht war, das er damit Anneliese zugefügt hatte und er verstand, wie schwer es ihr fallen mußte, ihm zu vergeben.

Dieses, inniges Mitleid mit der jungen Frau, die das Opfer für alle war, erfüllte die Seele der alten Tante. Aber auch Achim tat ihr leid, an seinem Schmerz um Anneliese sah sie, wie sein Empfinden sich gewandelt, er bangte um sein Weib, wie es nur wahre und echte Liebe tut.

Sie trat zu ihm hin und strich ihm über sein gesenktes Haupt.

„Achim, ich kann dir nicht verhehlen, du hast dich schwer an Anneliese veranget und vertriebe ich jetzt ihr abweisendes Wesen. Aber da deine Gefühle anderc geworden sind, wollen wir nicht verzagen und hoffen, daß alles gut wird. Was in meiner Macht liegt, um das arme Kind zu überzeugen und an deine Liebe glauben zu lassen, soll geschehen. Aber erst müssen wir den Körper kräftigen, ehe der Geist gesunden kann.“

Achim küßte die Hände der alten Dame in tiefer Bewegung. Er mußte, sie würde ihm helfen, ihr gutes Herz fand schon einen Ausweg für ihn.

Wieder fuhr sie nach Meerfeld und hatte eine lange Unterredung mit dem alten Paare. Dann nahm sie den Platz in dem Krankenzimmer allein ein. Es war still darin und die junge Frau schien zu schlummern und ihre Ankunft nicht zu bemerken.

Achim, der das Alleinsein in Breitenfels nicht aushielt, war der Tante nachgefolgt und hielt sich in dem Nebenraum auf. Zuweilen schaute er heimlich durch den geöffneten Türspalt, um Annelieses schmales, blaßes Gesichtchen zu betrachten.

Die junge Frau nahm wenig Notiz von der Anwesenheit der Tante und ihr Befinden besserte sich auffallend langsam. Zuweilen schien es, als ob alle Lebenslust aus

dem Körper verschwunden sei, so wenig beachtete sie sich mit der Außenwelt. Wenn Tante Selma in das Zimmer trat und von Achim zu sprechen ankam, drehte sie sich oft auf die andere Seite und wandte ihr Gesicht der Wand zu.

Da mußte die alte Dame, die Herzenswunde ertrug noch keine Berührung und still enternete sie sich wieder, dem Neffen von neuem Geduld predigend.

Erfit als Tante Malie an das Bett trat, richtete sich Anneliese auf und sah mit hellen klaren Augen in dem Gesichtchen zu ihr hin.

„Tante Malie? ...“

Die alte Dame war sofort an ihrer Seite und umfaßte sie.

„Ja — mein Kind! ...“

„Was tut Tante Selma, die doch nie ihre Zimmer verläßt, so oft hier in Meerfeld?“

„Ja, was wird sie denn hier tun — Lieblich, diese Frage. Nach Dir schauen — Dich ein wenig verwöhnen ...“

„So — aber —“

„Was ist noch weiter, willst Du nicht aussprechen.“

Anneliese kämpfte mit sich, sie wollte gewiß niemand mehe tun, aber es ging nicht — alles, was von Breitenfels kam, sollte fort bleiben. Die alte Dame hatte sie gewiß lieb — trotzdem — Achim war ihr Neffe, und was sie tat, geschah in seinem Interesse.

Tante Malie,“ sagte sie, und ein ängstlicher Ausdruck trat in ihr Gesicht. „Es soll niemand von Breitenfels kommen — ich will es nicht.“ „Ach — ach Tante — es ist juchbar — ich kann nicht verpassen. Achim — und — und Herta sollen glücklich werden, ich gebe ihn frei. Ich bleibe bei Euch und wenn ich besser bin, dann wollen wir fortziehen. Bis ich dann zurückkomme, wird Wolferdingen von Herta frei sein, und ich kann dort wohnen ...“

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

| | |
|----------------------|--------|
| 100 holl. Gulden | 168,90 |
| 100 franz. Franken | 16,50 |
| 100 schweiz. Franken | 81,38 |

Börse.

StB. Stuttgart, 17. Nov. Bei sehr geringem Geschäft gaben die Kurse heute abermals nach.

StB. Berliner Produktenbörse vom 17. Nov.

Weizen märk. 248-249; Roggen märk. 153-155; Braunergerste 186-212; Futtergerste 170-180; Hafer märk. 141 bis 151; Weizenmehl 29-37,50; Roggenmehl 24-27,10; Weizenkleie 8,25-8,75; Roggenkleie 8-8,50; Viktoriaerbsen 25-31; kleine Speiseerbsen 24-26; Futtererbsen 19-21; Peluschken 19-20; Ackerbohnen 17-18; Wicken 17-20; Rapstuchen 8,50 bis 9,25; Leinkuchen 14,60-14,80; Trodenstuchel 5,40-5,90; Sojafschrot 12,30-12,90; Speisekartoffeln weiße 1-1,20; dto. rote 1,20-1,40; dto. gelbfl. 1,40-1,65. Tendenz: uneinheitlich.

StB. Stuttgarter Landesproduktenbörse vom 17. Nov.

Anstl. Weizen 35,50-37 (36-37,50); Weizen 25,75-27 (26 bis 27,25); Gerste (10-23); Roggen (12-18); Hafer (14 bis 15,50); Weizenmehl 43,50-44 (44-44,50); Broimehl 31,50 bis 32 (32-32,50); Kleie (7,50-7,75); Weizenheu (5-6); Kleeheu (6-6,50); Stroh (3-3,50).

Schweinepreise.

Gaildorf: Milchschweine 18-27 Mark. — Müringen: Milchschweine 14-25, Läufer 65 Mark. — Nürtingen: Läufer 37-60, Milchschweine 15-27 Mark. — Winnenden: Milchschweine 18-22, Läufer 50-60 Mark.

Eingefandt

Für die unter dieser Rubrik gedruckten Veröffentlichungen übernimmt die Schriftleitung nur die drucktechnische Verantwortung.

Postamtneubau.

Auf die Äußerung des Herrn Direktors Zügel in der gestrigen Ausgabe des „Calwer Tagblatts“ habe ich folgenden zu erwidern:

1. Der Gemeinderat hat darüber zu entscheiden, ob im einzelnen Fall die Öffentlichkeit bei seinen Beratungen oder Abstimmungen ausgeschlossen werden soll. Das ist in der letzten Gemeinderatssitzung am Freitag geschehen. Sie wurde ausgeschlossen, nicht etwa aus Geheimniskrämerei oder um die Einwohnerhaft vor vollendete Tatsachen zu stellen, sondern um die städt. Interessen dem Vertragsgegner — der Reichspost — gegenüber wahrnehmen zu können, mit der ein Kaufvertrag abzuschließen war.

2. Nachdem nun ein Vertrag vorliegt, bei dem die städt. Interessen ausreichend Berücksichtigung gefunden haben, wird die Angelegenheit am nächsten Donnerstag in allen Einzelheiten in öffentlicher Sitzung behandelt werden. Ich habe mir beim Vertragsabschluss mit der Reichspost die Genehmigung des Gemeinderats vorbehalten. In seiner Hand ruht die Entscheidung der Frage, ob das neue Postamt an der Badstraße erstellt werden wird oder nicht.

3. Die Reichspost hat in der Platzfrage ein ganzes Dutzend Möglichkeiten geprüft, und zwar eingehend geprüft, und beabsichtigt, soweit dies von ihr abhängt, sich für die Badstraße zu entscheiden. Die Mängel dieses Projektes sind ihr bekannt; sie sind übrigens im Vertrag mit der Stadtgemeinde durch entsprechende Vereinbarungen wesentlich abgeschwächt worden. Näheres über diese Vereinbarungen hier mitzuteilen, ehe sie dem Gemeinderat offiziell zur Kenntnis gebracht worden sind, halte ich mich nicht für befugt.

4. Herr Reichs- und Landtagsabgeordneter Dingler hat sich in der Frage des Postamtneubaus um die Stadt sehr verdient gemacht — ob nun diese oder eine andere Lösung vorgezogen werden wird. Dafür gebührt ihm Dank.

Stadtschultheiß G. S. H. n. e. r.

Zu dem Eingefandt „Postamtneubau“ von Karl Zügel nur einige Worte.

Schon mehrere Jahre handelt es sich darum, in Calw ein neues Postamt, anstelle des alten, zu erstellen. Das alte Postgebäude ist den Anforderungen seit langer Zeit nicht mehr gewachsen. Der Landpostkraftverkehr, sowie der Neubau eines Selbstanschlussamtes konnte mit dem besten Willen nicht in das alte Postamt eingebaut werden. Es handelte sich nun darum, einen neuen Platz, der genügend groß war, zu erwerben und rechnete die Post mindestens 20 Ar Grundfläche, dabei soll der Platz nicht so weit vom Bahnhof und hochwasserfrei sein; solche Plätze sind, wie jedem Eingeweihten zur Genüge bekannt, nicht viele, oder gar keine zu haben. Die Erfahrungen, die mit dem alten Postamt gemacht wurden, geboten zur Vorsicht. Der Verkehr über die Nikolausbrücke, der senkrecht auf unsere Hauptverkehrsstraße einmündet, wie auch das Herabfahren der Postwagen im Gengstettersgäßle in die gleiche Straße, war direkt gefährlich, namentlich, wenn noch Dutzende von Autos und anderen Wagen aufgestellt waren. Kam noch ein Langholzwagen über die Brücke, so war der ganze Verkehr abgeperert.

Auf der Suche nach einem geeigneten Bauplatz kamen verschiedene Projekte in Betracht. Vorerst versuchte man das Nüchleische Haus, das leider Gottes seiner Zeit, wo es feil war, von der Post nicht gekauft wurde, zu erwerben. Herr Nüchle wollte zwar sein Hinterhaus, aber nicht sein Vorderhaus abtreten, ohne das Vorderhaus hätte dies die Postdirektion nicht gekauft, auch wären hiedurch die schon angeführten Mängel nicht vollständig behoben worden. Ein weiteres Projekt in der Ledergasse kam wegen Schwallbengefahr und zu großer Entfernung vom Bahnhof nicht in Betracht. So kam die Oberpostdirektion wieder auf den alten Plan, das Kirchherrliche Anwesen mit dem Gebäude von Bund zu erwerben, aber auch dieses Projekt wurde, weil dasselbe zu teuer, von der Oberpostdirektion verworfen und war schon der Beschluß gefasst, das Selbstanschlussamt in Calw überhaupt nicht zu bauen, einen großen Teil des Landpostkraftverkehrs nach Nagold abzugeben und zu versuchen, das alte Postamt so gut wie möglich zu verwerten. Wie ich nun dies auf der Oberpostdirektion erfuhr, glaubte ich im

Interesse meiner Vaterstadt und seiner Einwohner meinen Einfluß geltend zu machen, um dies zu verhindern. Ich bat die Oberpostdirektion, nochmals einen Versuch zu machen und gab mir die Herren hiezu gewisse Vollmachten in die Hand. Ich fuhr nach Hause, machte Herrn Stadtschultheiß G. S. H. n. e. r. auf die Gefahr aufmerksam, daß Calw wieder auf dem besten Weg war, wieder etwas zu verlieren. Das zu verhindern, hielten wir für unsere Pflicht, es gelang uns, die Wünsche der Oberpostdirektion zu befriedigen und Kaufverträge vorzulegen, die die Herren von der Oberpostdirektion befriedigten. Herr Carl Zügel glaubt nun, das Sprachrohr eines oder mehrerer Verärgerter, die zur Zeit direkt bei der Post sitzen, machen zu müssen, die Fäden wurden vom Tiefstand auf die Höhen gesponnen, um daraus dem Gewaltigen einen Strick zu drehen, der es wagt im Gegensatz zum Gemeinderat eine Sache durchzudrücken, die entgegen jeder verkehrspolitischen Vernunft und Sachlichkeit sei. „Warum hat denn Herr Zügel das Anwesen seines Schwiegervaters in der Badstraße zur Verfügung gestellt, wenn die Badstraße doch absolut für einen Postneubau nicht in Betracht kommen soll!“ Weiter regt sich der Artikelschreiber darüber auf, daß dieses Projekt für die städtischen Finanzen tief einschneidend sei. Wir wissen, daß Herr Zügel viel mehr weiß wie andere Menschen, aber alles scheint er doch nicht zu wissen und wäre es nie und da angebracht, sich etwas näher über eine Sache zu erkundigen, über die man schärfste Kritik übt!

Der Bauplatz wird von der Oberpostdirektion gekauft, das Postgebäude darauf erstellt, eine Brücke beim Malermeister Kirchherr, Bahnhofstraße über die Nagold gebaut, das sind Opfer von der Oberpostdirektion, die jeder Calwer Bürger, der nicht eigennützige Interessen verfolgt, anerkennen sollte. Die Stadt selbst hat durch ihren Gemeinderat, soviel ich hörte, einstimmig beschlossen, einen Teil der Badstraße unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, das ist gewiß anerkennenswert, aber ein Vergleich, was andere Städte tun, nicht übermäßig, zumal sie hierfür den Platz vor dem neuen Postgebäude in der Badstraße, der sich durch den Abbruch der beiden Wohngebäude ergibt, erhält und zudem eine neue Verbindung von der Bahnhofstraße in die Badstraße erschlossen wird. Durch diese Brückenverbindung werden die Bewohner des neuen Stadteils im Steckenaderle und Hlandstraße näher an die Post gerückt. Der Verkehr von der Post wird sich in der Hauptsache über die neue Brücke und die Brücke an der Handeschule zum Bahnhof zu abwickeln. Für unsere Vaterstadt aber und ihre nächste Umgebung wird dieser Neubau Verdienstmöglichkeiten bringen und mancher Handwerker und Arbeiter, der heute beschäftigungslos ist, wird eine Freude daran haben.

Meinen Mitbürgern möchte ich aber anraten, ein derartiges Werk nicht durch unnötige Kritik zu gefährden, sonst könnte es sich leicht ereignen, daß der Neubau an einem anderen Platz erstellt würde, wo man dafür dankbarer wäre. Den verdeckten Vorwurf des Artikelschreibers: „War hier Privat-Interessenpolitik maßgebend?“, weil er doch für mich gemünzt war, weise ich mit Entrüstung zurück.

Wilhelm Dingler.

Sonderangebot

in Strümpfen und Socken
Reinwollene Kinderstrümpfe

| | |
|---------|--|
| Größe 1 | 70, 80, 95, 100, 130, 145, 170, 180 |
| 2 | 90, 100, 110, 140, 145, 150, 170 |
| 3 | 100, 115, 125, 140, 160, 200, 210 |
| 4 | 110, 140, 180, 200, 225 |
| 5 | 120, 160, 200, 250, 260, 270 |
| 6 | 130, 175, 220, 240, 285, 300 |
| 7 | 150, 190, 220, 235, 270, 295, 320 |
| 8 | 160, 210, 250, 255, 280, 315, 335, 350 |

Reinwollene Damenstrümpfe

| | |
|---------|-----------------------------------|
| Größe 9 | 170, 220, 275, 280, 340, 360, 380 |
| 10 | 235, 260, 310, 340, 360, 385 |
| 11 | 200, 290, 300, 350, 360, 450 |

Wollene gefrickte Herrensocken

| |
|---|
| 100, 110, 140, 150, 180, 190, 210, 240, 255, 290, 300 |
|---|

Gewobene Herrensocken, einfarbig u. gemustert

| |
|---|
| 40, 55, 100, 110, 180, 190, 200, 210, 240, 255, 290 |
|---|

Sportsocken, einfarbig u. gemustert

| |
|---------------------|
| 200, 300, 400, 4,50 |
|---------------------|

Sportstrümpfe mit Fuß, einfarbig u. gemustert

| |
|---|
| 195, 295, 315, 335, 400, 470, 570, 585, 600 |
|---|

Paul Nüchle, am Markt, Calw

Öffentliche Bürgerversammlung

In der Frage des Postneubaus

Hörte man in letzter Zeit verschiedene Meinungen. Um nun der gesamten Bürgerschaft die Möglichkeit zu geben, klaren Einblick in den jetzt bestehenden Sachverhalt zu erlangen, laden wir zu einer

Öffentlichen Bürgerversammlung

auf **Donnerstag, den 20. Novbr.**

abends 8 Uhr, in den Badischen Hof ein

Bürger erscheint Alle!

Viele Bürger.

Oberreichenbach, den 16. November 1930.

Dankagung



Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, die wir während der Krankheit und beim Hinscheiden unseres lieben Vaters, Schwiegervaters und Großvaters

Gottlieb Kappler

erfahren durften, sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus. Insbesondere danken wir für die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen, für den erhabenden Gesang des Leichenchors unter Leitung von Herrn Hauptlehrer Bolinger, den Herren Ehrenträgern, für die Liebe, die ihm im Krankenhaus erwiesen wurde, für die schönen Kranzspenden, sowie allen denen, die ihn zu seiner letzten Ruhestätte begleiteten.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Ledermappe ging verloren

von Calw-Kronengasse—
Ledergasse über Hirlau bis
Oberreichenbach. Inhalt:
Post an Sakti-Berk Ober-
reichenbach und ein Arbeits-
mantel. Gegen Belohnung
abzugeben bei

Rieger, Kronengasse 9.

Stelsheim

Im Wege der

Zwangs- vollstreckung

versteigere ich am **Mitt-**
woch, den 19. Nov. ds.
Sa. vorm 10 Uhr gegen
bare Bezahlung:

2 Automaten, 2 Schleif-
maschinen, 1 Frühl-
maschine, 1 Drehbank,
1 Kallermaschine, 1 Zu-
schneidmaschine.

Sämtliche Maschinen stam-
men aus einer Kammfabrik
und eignen sich zur Ein-
richtung einer solchen.

Zusammenkunft b. Rathaus
Weidenbach
Gerichtsvollzieher
beim Amtsgericht Calw

Gitarre oder Laute

zu kaufen gesucht. Zu erfr-
agen in der Geschäftsst. ds. Bl.

1 Kasten, 2 Bett-
laden mit Koff und
eine 3 teilige
Wollmatratze

verkauft billig.
Wer, sagt die Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

Badelwanne

sehr gut erhalten, weggugs-
halber sofort zu verkaufen.
Lais, Hirsau.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Calw

Öffentliche Berammlung

am Mittwoch, den 19. November 1930, abends 8 Uhr
im Badischen Hof Calw

Pg. M. Werner aus Weimar
(ausgewiesen aus Preußen und Hessen-Kassau)
spricht über das Thema:

Hinweg mit dem Novembersystem.

Freie Aussprache.
Für Unkostendeckung werden 30 Pfg. erhoben.
N. S. D. A. P. Ortsgruppe Calw

Zur Hitlerversammlung in Stuttgart am 7. Dezbr.
1930 werden an der Abendkasse Anmeldungen zum Bezug
der Teilnehmerkarten zu 1 RMh. entgegengenommen.

Anständige, saubere Frau
sucht für einige Stunden
Samstags

Beschäftigung

Wer, sagt die Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

Einen 12 Jtr. schweren
wüchsigem



Schaffochsen

setzt dem Verkauf aus
Philipp Kentschler,
Säger, Breitenberg.

Täglich frische Tafelbutter

Fr. Lamparter

Größeres, heizbares, un-
möbliertes

Zimmer

mit Küche
sofort zu mieten gesucht
Zu erfragen bei der Ge-
schäftsstelle dieses Blattes.

Die Gunst des Käufers

wird zu keiner Zeit schneller er-
worben als jetzt vor Weihnachten.
Verstümen Sie nicht die Anzeige im
„CALWER TAGBLATT“
zu Werbezwecken heranzuziehen.

Erstheft
Täglich
der Sonn-

Anzei-
a) im A
die Seite 2
b) im R
die Seite 6

Auf Sam-
kommen

Für Pla-
kann ke-
ubernom-

Ges-
für beide

Nr. 2

Die Morgen

II. Berl
Entscheidun-
programm d
lischen Krei-
stamm der
abschiedet
mehr der
Sanierungs-
der Reichs-
ohne weiter-
von Parteie
abschließl
programm n
bereits die
men, um si
darfste die
nach wie vo
regierung d
mäßigen Mi-
sicht ist, da
vor Ne u
wohl damit
dem Reichs-
Gesetze vera-
griffen wer-
ständen ein-
deren Erlaß
werden dürf
ber zusam-

Die Notw-
Der Vor-
ist gestern v
mengetreten
ordnungen,
Haushaltsau

Die Mä-
II. Gen
zur allgemei
jetztwilligen
Vorschlags
ang der G
winow unter
füngung ein-
Der a b e
treter lehnt
tion schroff
zu der Ver-
Der Sowjet
Polens bet-

Graf Ve
stimmungen
gegenwärtig
und sinnlos
führten Best
antrage der
die Herabsetz
erfolgen soll
wies, daß d
Möglichkeit
der französi
Entlastung
neut eine H
beschlossen u
ausf deulich

Im Berli
menstöß zw
n o w, als d
Flotte sich
e u r o p ä i
terbrach Vitz
Umständen G
keinem Zusa
finden. Es
nach der rus
Regierung
Eidrußland
wendet würd
befinden.